

Menschen

Kultur

Psychiatrie

Wissenschaft als Weg



Aby Warburg hat bis heute gültige Maßstäbe in der Kulturwissenschaft gesetzt. Der 1866 geborene Spross einer hanseatischen Bankiersfamilie und Begründer der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg ist einer der berühmtesten Forscher mit eigener Psychoerfahrung, der auch nach seiner Erkrankung bedeutsame Werke schuf. Nach eigener Auffassung ist er durch seine Arbeit wieder gesund geworden. **Seite 12**

Ruhm und Rausch



Er war ein Junkie und starb, 27 Jahre jung, als Superstar. Das ist er bis heute. Der Warhol-Freund Jean-Michel Basquiat (1960-1988) gilt als einer der einflussreichsten Künstler der vergangenen Jahrzehnte. Im holländischen Heerlen ist noch bis Juni eine umfangreiche Zusammenstellung früher Werke zu sehen. Turhan Demirel beschreibt die aufreibenden Wanderungen des Künstlers zwischen Ruhm und Rausch. **Seite 13**

Die Wallraffs waren da!



Journalistenlegende Günter Wallraff (Foto: screenshot/rtl) hat wieder „zugeschlagen“: Mit auf „RTL“ ausgestrahlten teils verstörenden Filmaufnahmen, die das „Team Wallraff“ undercover in mehreren deutschen Kliniken sowie einer Jugendhilfeeinrichtung drehte, rüttelte er die Psychiatrie auf. Wallraff selbst verunglückte kurz darauf in Köln schwer mit dem Fahrrad – bleibt aber dennoch am Ball. **Seite 4**

Der Hype um Ketamin

Nasenspray bald auch in Europa?

Es ist eines der heißesten Themen der Psychiatrie und der unter Innovationsmangel leidenden Psychopharmakologie, eines, das Aufbruchstimmung erzeugt. Gemeint ist Ketamin, das, wenn es anschlägt, quasi sofort gegen Depressionen zu wirken beginnt, und das teils auch dort, wo alles andere versagt. Anfang März bekam der Hype einen neuen Auftrieb, als in den USA das Ketamin-Nasenspray Esketamin – Spiegelbildversion des Ketamins – zugelassen wurde.

ist das einzige Narkosemittel, das das Bewusstsein ausschalten kann, ohne die Atmung zu unterbrechen. Ende der 1990er Jahre entdeckte John Krystal von der Yale University in New Haven beim Behandlungsversuch von Schizophrenie-Patienten zufällig, dass sich ihre depressiven Symptome besserten, wenn er ihnen geringe Mengen von Ketamin spritzte. Laut Studien reagieren rund 70 Prozent der Probanden schon ab 40 Minuten nach Injektion mit Besserung, was insbesondere bei Suizid-

dungen beschrieben wie: eine Serie von sechs Infusionen (1.-3. Infusion in Woche 1 und 4.-6. Infusion in Woche 2). Später kann eine Erhaltungstherapie mit deutlich größeren Abständen folgen. Beim DGPPN-Kongress nannte eine Praktikerin den Fall einer wirksamen, bisher fünfjährigen Langzeitbehandlung.

Die Krankenkassen zahlen bis auf ein paar private nicht. Die Kosten werden mit rund 200 Euro pro Behandlung angegeben. Warum Ketamin so schnell wirkt, ist noch unklar. Es blockiert die Glutamat-Rezeptoren. Es gibt aber wohl noch weitere Prozesse. Vermutlich steht am Ende die Bildung von neuen Nervenverbindungen. Nebenwirkungen sind vor allem Blutdruckanstieg und Schwindel, weshalb intensiv überwacht werden muss. Ferner werden teils dissoziative Phänomene und Halluzinationen beschrieben. Als Kontraindikation genannt wurden beim DGPPN-Symposium u.a.: Herzerkrankungen, Hirndruck, Bluthochdruck, Abhängigkeitserkrankungen, PTBS. Als schwierig bewertet wurden an anderer Stelle das fehlende Wissen über die Auswirkungen von Langzeitanwendung sowie das Missbrauchs- und Suchtpotenzial.

Wirkung hält nur Tage an

dalität bedeutsam ist. Bis zu einer Wirkung von gängigen Antidepressiva dauert es Wochen. Die Ketaminwirkung hält aber nur maximal zehn Tage an, wird berichtet.

Ketamin wird auch in Deutschland eingesetzt, off-label, also außerhalb des durch die Arzneimittelbehörden zugelassenen Gebrauchs. Angeboten wird die Behandlung außer an Universitätspsychiatrien auch in einzelnen Kliniken und Praxen. Im Internet werden von Anbietern Erstanwen-

BERLIN (hin). Es ist ein schillernder Stoff: Narkosemittel, Partydroge („Special K“ genannt) und Antidepressivum – gefeiert als das erste innovative Mittel gegen Depressionen seit 30 Jahren, das auf den Markt kommt. Bald vielleicht auch in Europa. Pharmahersteller Johnson & Johnson hat im Oktober die Zulassung bei der zuständigen Behörde beantragt.

Ketamin wurde 1962 von dem US-Pharmazeuten Calvin Stevens erfunden und wird als Narkosemittel seit seiner Zulassung 1970 gern in der Notfallmedizin angewendet, denn es



Gedenken an den verstorbenen Psychiatrie-Patienten. Dieses Bild twitterte Christiane Schneider von der Bürgerschaftsfraktion Die Linke.

Tragischer Tod in UKE-Psychiatrie

Ermittlungen gegen Sicherheitsdienst

HAMBURG (hin). Angehörige und Aktivisten sprachen von einem rassistischen Übergriff, protestierten mit Mahnwachen vor dem Psychiatriebäude. Augenzeugen belasteten das UKE schwer. „Patient ins Koma geprügelt“, titelte die taz in einem ersten Bericht mit Bezug auf Zeugen, die nach einer Zwangsmaßnahme mit tödlichen Folgen für einen UKE-Patienten aus Kamerun die Polizei alarmierten.

Das UKE schildert den Fall so: „Am Sonntag, 21. April, ist es bei der Unterbringung eines hilfsbedürftigen Patienten in der psychiatrischen Klinik zu einem medizinischen Zwischenfall gekommen. Der Patient hatte sich der Anordnung der Unterbringung widersetzt und musste von dem zwischenzeitlich hinzugerufenen Sicherheitsdienst des

UKE fixiert werden, als er aus bisher ungeklärten Umständen zusätzliche medizinische Hilfe benötigte.“ Am 26. April starb der 34-Jährige auf der Intensivstation. Die genauen Umstände und inwieweit der Gewalteinsatz unverhältnismäßig war, blieben bis Redaktionsschluss unklar. Das UKE verwies auf laufende Ermittlungen und Patientendatenschutz. Die Mordkommission ermittelt wegen Verdachts auf Körperverletzung mit Todesfolge gegen die Sicherheitskräfte und die diensthabende Ärztin. Laut Obduktion starb William T. an Herzversagen. Inwieweit eine Vorerkrankung vorlag, müssen weitere Untersuchungen zeigen. Der Patient war freiwillig in die Klinik gekommen. **Mehr auf Seite 2 & Seite 10, Kommentar: Seite 2**

Premiere für 85.000 Europawähler

Verfassungsgericht verlangt sofortige Inklusion

KARLSRUHE (rd). Premiere für rund 85.000 Menschen, die bislang nicht wählen durften: Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 15. April entschieden, dass Menschen mit Behinderungen, die unter Vollbetreuung stehen und in allen Angelegenheiten unterstützt werden müssen, sowie im Maßregelvollzug untergebrachte Straftäter doch bereits am 26. Mai ihre Stimme für die Europawahl abgeben dürfen. Für die Teil-

nahme mussten sie allerdings bis zum 5. Mai einen Antrag auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis stellen. Hintergrund dafür waren Bedenken, ob die Behörden die Wählerverzeichnisse in der kurzen Zeit komplett und vor allem zuverlässig würden korrigieren können. Das Bundesverfassungsgericht hatte Wahlrechtsausschlüsse erst kürzlich für verfassungswidrig erklärt, das galt aber nur für Bundestagswahlen, ein inklusives Wahlrecht hätte erst ab Juli gegol-

ten. Der aktualisierten Entscheidung war ein gemeinsamer Eilantrag von Abgeordneten der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vorausgegangen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention sieht ein Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen schon lange vor. Das BVerfG hat Anfang des Jahres entschieden, dass ein Ausschluss dieser Menschen bei Wahlen nicht mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist.

AUS DEM INHALT

BLICKPUNKT
Fragen und Antworten zum Umgang mit Rechtspopulismus **Seite 3**
KRANKENHÄUSER
Neuer Weg zum Hometreatment: Erste Erfahrungen mit „StäB“ **Seite 5**
PSYCHOSOMATIK
Wenn die Psyche die Organspende bedroht **Seite 6**
GESCHICHTE
Projekt untersucht „Seelenarbeit im Sozialismus“ **Seite 7**
FORSCHUNG
Mit Botox schlechte Gefühle wegspritzen? **Seite 9**

PSYCHOPHARMAKA
Patienten in Rumänien für Pharmatests missbraucht **Seite 10**
SUCHT
Erste „TransSuchtHilfe“: Beratung mit Peers **Seite 17**
GERONTOPSYCHIATRIE
Zunehmende Aggression in Heimen: Träger schließen sich kurz **Seite 19**
SELBSTHILFE
Campus Vivendi: Begegnungen in Südfrankreich **Seite 20**
BÜCHER
Wenn der Spiegel zerbricht: Band zu Psychosen-Psychotherapie **Seite 21**

Augenzeugen schildern brutalen Übergriff

HAMBURG (hin). (Fortsetzung von Seite 1). Der Patient war freiwillig in die Klinik gekommen – nach EPPENDORFER-Informationen war er auf der offenen Psychosestation wendeten dann Gewalt an, woraufhin der Patient das Bewusstsein verlor und reanimiert werden musste. Augenzeugen schilderten den Einsatz als brutalen Übergriff. Einer der Zeugen berichtete auf einer Gedenkveranstaltung vor der UKE-Psychiatrie: Sie hätten ihn gepackt, „die Beine weggezogen“ und ihn zu Boden gebracht, seien mit Knien auf ihn draufgesprungen und hätten mit einem Festhaltegriff die Luft abgedrückt, ihm Handschellen angezogen, die sie ihm später wieder ausgezogen hätten. Die Wiederbelebungsversuche könnten von Augenzeugen aber auch als schwere Gewaltanwendung missdeutet worden sein, so die Überlegung eines UKE-Mitarbeiters gegenüber dem EPPENDORFER. Ein (anderer) anonymen Mitarbeiter berichtete der „taz“ von Rassismus bei den Sicherheitsleuten. „Die Linke“ forderte Aufarbeitung im Gesundheitsausschuss. Laut dem Cousin des Verstorbenen war dieser 2009 nach Deutschland gekommen, um Ingenieurwissenschaften zu studieren. Laut Abendblatt soll er aktuell gegen einen abgelehnten Asylantrag geklagt haben. Weiterer Bericht auf Seite 10.

Regeln für gute Therapie

■ Neue S 3-Leitlinie „Schizophrenie“

BERLIN (rd). Wie sollte eine gute Behandlung von Schizophrenie nach bestem Wissen aussehen? Antworten gibt die neue S3-Leitlinie „Schizophrenie“, die „auf der Grundlage neuester evidenzbasierter wissenschaftlicher und klinischer Erkenntnisse Empfehlungen zur Behandlung von schizophrenen Psychosen“ vorstellt – basierend auch auf Erfahrungen von Betroffenen und Angehörigen, die einbezogen wurden. Eines der zentralen Ergebnisse: Psychotherapie wird in allen Phasen einer schizophrenen Erkrankung empfohlen. Das war lange Zeit anders, was vor allem an den fehlenden Nachweis-Studien zur Wirksamkeit lag.

Die Umsetzung steht allerdings auf einem anderen Papier: „Nur mit ausreichend Personal kann die Behandlung an den persönlichen Interessen der Betroffenen ausgerichtet und der Nutzen der Leitlinie voll ausgeschöpft werden“, so Prof. Andreas Heinz, Präsident der DGPPN, der hervorhebt, dass es der Leitlinien-Gruppe gelungen sei, „Empfehlungen für die koordinierte Versorgung im Kontext mit einer dafür notwendigen Personalausstattung zu formulieren“.

Die Leitlinie wurde zwischen 2012 und 2018 von einer Gruppe von Experten, Betroffenen- und Angehörigenvertretern und Vertretern verschiedener Berufsgruppen entwickelt. Federführend initiiert und koordiniert wurde der Prozess von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e. V. (DGPPN). Insgesamt waren fast 40 Verbände und Organisationen an dem Arbeitsprozess beteiligt. Darunter auch der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V., der allerdings der finalen Version als einziger Verband die Zustimmung verweigerte.

Eine S 3-Leitlinie gilt qualitativ am hochwertigsten. Gründe: Erstens wird sie von einem repräsentativen Gremium erstellt, zweitens beruhen die Aussagen auf einer systematischen Analyse der vorhandenen wissenschaftlichen Evidenz, drittens sind sie im Rahmen einer strukturierten Konsensfindung verabschiedet worden.

Mehr über die Inhalte der Leitlinie Schizophrenie finden Sie unter www.eppendorfer.de. Die Leitlinie selbst kann auf www.dgppn.de heruntergeladen werden.

KOMMENTAR

Von der Unwissenheit

Es ist schrecklich, dass ein Mensch in der Folge einer Zwangshandlung stirbt. Schrecklich verunsichernd ist, dass wir nicht wissen, was wirklich geschah im UKE, was den laufenden Ermittlungen geschuldet ist. Wir können nur den Sachstand zum Zeitpunkt der Drucklegung wiedergeben. Und der bietet Raum für vielfältige Interpretationen und Spekulationen.

Ereignisse wie dieses sind immer geeignet, viele Urteile und Vorurteile über die Psychiatrie zu befeuern. Unklarheit ist ein besonderes Feld, auf dem sich vieles in die Psychiatrie hineinprojizieren lässt, was je nach Interessenlage und Wahrnehmung variiert. Schaden nehmen Patienten, aber auch

die Institution, die eigentlich Schutz geben soll – was sich wiederum auf die Patienten auswirkt, deren Genesung unmittelbar vom Vertrauen in die Institution abhängt.

Wünschenswert wäre gerade in diesem sensiblen Bereich eine abwartendere Haltung, bevor Schlüsse gezogen werden, für die es schlicht noch keine offiziell und unabhängig untersuchten und bestätigten Gründe gibt. Doch es scheint schwieriger, Unwissenheit auszuhalten als diese Zeit mit Erklärungsmustern zu überbrücken, die vom eigenen Erfahrungshorizont und eigener Wahrnehmung geprägt sind und die im Grunde dem Abbau der eigenen Ängste dienen. **Anke Hinrichs**

Meldungen

„Wittchen-Studie“: Untersuchung geht weiter

DRESDEN/BERLIN (rd). Wie geht es weiter in Sachen Psychiatrie-Personalausstattung? Das ist Thema beim 5. Nationalen Forum für Entgeltssysteme in Psychiatrie und Psychosomatik des Arbeitskreises der Krankenhausesleitungen Psychiatrischer Kliniken am 27. und 28. Mai in Berlin. Im Fokus wird der zu erwartende Vorschlag des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zu den Mindestvorgaben zur Personalausstattung stehen. Die Studie, die dafür als eine Grundlage erheben sollte, wie viel Zeit das Personal aktuell in Kliniken und Ambulanzen zur Verfügung hat („Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik“ (PPP), auch „Wittchen-Studie“ genannt), wird derzeit weiter auf Unregelmäßigkeiten bei der Datenerhebung untersucht. Entsprechende Hinweise (s.a. Berichtserstattung im EPPENDORFER 2/2019) hatten Mitarbeiter des Studienleiters Prof. Hans-Ulrich Wittchen

dem Ombudsmann der TU Dresden gemeldet. Nach Abschluss einer ersten Prüfung durch eine Untersuchungskommission teilte diese mit, „das Verfahren nicht zu beenden, sondern ins förmliche Untersuchungsverfahren überzuleiten“. Wittchen selbst bestritt die Vorwürfe.

100.000 Euro an Preisgeldern zu vergeben

BERLIN. Neue Aspekte, ein neuer Zugang oder ein anderer Weg im Umgang mit psychischen Erkrankungen: Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) prämiert jedes Jahr innovative Arbeiten und Projekte, die einen neuen Blick auf das Thema eröffnen. Ausgelobt werden die Preise in den Kategorien Wissenschaft, Versorgung und Gesellschaft. Die DGPPN-Preise sind insgesamt mit rund 100.000 Euro dotiert und werden beim Jahreskongress im November verliehen. Einreichungen sind noch bis zum 2. Juni 2019 möglich (s.a. www.dgppn.de).

Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

Geschlossen – Ausgeschlossen

2018 reiste der Fachausschuss Forensik der DGSP in die Toskana. Nach ihrer Rückkehr waren die Teilnehmer total begeistert. Sie waren ähnlich euphorisch wie jene Psychiatrie-Pilger, die damals in den Achtzigern aus Arezzo und Triest zurückgekommen sind. Unsere Forensik-Experten waren in Volterra, um zu sehen, was aus der bekanntlich aufgelösten forensischen Psychiatrie Italiens geworden ist. Auch ein paar Berliner waren dabei, und – ehrlich gesagt – sie nervten uns ein wenig mit ihrer Begeisterung.

Nun waren im April die „Italiener“ zu einem Gegenbesuch in Berlin und mussten zusätzlich zu ihrem Besichtigungsprogramm auch ein paar Vorträge halten. „Braucht Berlin zusätzlich zum Maßregelvollzug geschlossene Heime?“ Das war die offizielle Fragestellung dieser gemeinsam von BGSP und dem PARITÄTISCHEN organisierten Veranstaltung.

Im Schöneberger Pinellodrom gab zunächst Herr Dr. Jürgen Beckmann, Oberarzt im Krankenhaus des Maßregelvollzugs Berlin, einen Überblick zur Forensischen Psychiatrie; dann zeigte der Leiter der Rehabilitativen Dienste für psychisch kranke Straftäter der Region Toskana, Herr Dr. Franco Scarpa, ein paar Folien und kommentierte erstaunlich nüchtern. Alle OPGs (Krankenhäuser des Maßregelvollzugs) wurden tatsächlich vor 2,5 Jahren geschlossen. In jeder Region sind sogenannte REMS (Residenza per l'esecuzione delle misure di sicurezza) mit maximal 40 Plätzen bereits aufgebaut oder geplant; sie werden ergänzt durch halboffene und offene Einrichtungen. Die REMS allerdings sind geschlossen und streng bewacht, die Bewohner verlassen in der Regel tagsüber das Haus. Die Personalausstattung ist opulent. Sind die Italiener weniger gestört, sind die Delikte harmloser? Nein, die Datenlage ist vergleichbar. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion war man sich einig: Berlin braucht weiterhin keine geschlossenen Heime, aber eine Personalausstattung, die eine intensive und kontinuierliche Beziehungsarbeit möglich macht.

Wie berichtet, haben ja in Berlin drei Besuchskommissionen ihre Arbeit aufgenommen. Sie sollen nicht nur besichtigen und kontrollieren, sondern auch die Anliegen der Kliniken aufnehmen und an die Politik weitergeben. Besonders zwei The-

men werden hier immer wieder genannt: Das Fehlen geeigneter Einrichtungen für die Entlassung schwieriger Klienten – nicht nur, aber auch geschlossene Heime. Und die Tatsache, dass immer häufiger Patienten von der Polizei gebracht werden, die intoxikiert und hochgradig aggressiv sind. Besonders die „neuen Drogen“ werden hier genannt. Ist die Psychiatrie für diese Menschen der richtige Ort? Wären nicht die Gefangenessammelstellen der Polizei viel geeigneter? Bei meiner Arbeit im „Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie“ bin ich immer wieder über die Hamburger „Ambulanz für Betrunkene“ gestolpert. Gibt es sie noch, ist in Hamburg alles besser? Vielleicht müssen wir für manche Themen gar nicht nach Italien reisen.

In Folge der Ausstrahlung der Dokumentation „Team-Wallraff“ dürften die Besuchskommissionen mehr Beachtung finden. Ob sie diese Erwartungen erfüllen können? Ein wirksames Kontrollorgan können sie vermutlich nicht sein. Einer der heikelsten Punkte – anmelden oder nicht anmelden – wird auch vor diesem Hintergrund immer wieder neu diskutiert.

Es gibt also viele Anlässe, um das Thema „Geschlossene Unterbringung“ wieder hoch kochen zu lassen. Der Landesbeirat für psychische Gesundheit (einst Landespsychiatriebeirat) hat längst eine Unterarbeitsgruppe eingesetzt, die bis Sommer einen ersten Bericht vorlegen soll. Zwang, Fehlplatzierung, geschlossene Unterbringung in Klinik oder Heim – das werden die Aufreger 2019. Dabei sollte es doch das Jahr der großen Veränderungen in der Eingliederungshilfe werden. Inzwischen ist klar: In Berlin ist die fristgerechte Installation der neuen Strukturen und Instrumente – ausgeschlossen. **Ilse Eichenbrenner**

Besuchskommissionen: anmelden oder nicht anmelden?

Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

IMPRESSUM

EPPENDORFER

Zeitung für Psychiatrie & Soziales

www.eppendorfer.de

Jahrgang 33 C 42725

Verlagsanschrift:

AMEOS Nord, Regionalzentrale

Wiesenhof, 23730 Neustadt in Holstein

info@eppendorfer.de

Herausgeber:

Michael Dieckmann

AMEOS Gruppe (Vi.S.d.P.)

Internet: www.eppendorfer.de

www.ameos.eu

Abonnement:

aboservice@eppendorfer.de

Tel.: (04561) 611-4430 (C. Franke)

Anzeigen: anzeigen@eppendorfer.de

Tel. (4561) 611-4557 (E.Schröder)

Redaktionsleitung, Layout und Satz:

Anke Hinrichs (hin)

Redaktionsbüro NORDWORT

Große Brunnenstr. 137, 22763 Hamburg,

Tel.: 040 / 41358524,

E-Mail: mail@ankehinrichs.de,

redaktion@eppendorfer.de

www.ankehinrichs.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Sönke Dwenger, Ilse Eichenbrenner,

Michael Freitag (frg), Klaus Frieling (frie),

Michael Götsche (gö), Anne Krampe-

Scheidler, Gesa Lampe (gl), Dr. Verena

Liebers, Jens Riedel (jri), Dr. Heidrun

Riehl-Halen (hrh), (rd) steht für Redaktion,

Agentur: epd

Druck: Boyens MediaPrint, Heide

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2019. Der

Eppendorfer erscheint zweimonatlich und

kostet jährlich 39,50 Euro (Sozialtarif:

25 Euro). Für unverlangt eingesandte

Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr

übernommen

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, auf die zusätzliche Nutzung der weiblichen Form zu verzichten.

Baby-Strampler mit Hakenkreuz

■ Wie soll der Sozial- und Gesundheitsbereich mit Rechtspopulismus umgehen? Eine Broschüre gibt Antworten, Projekte und Workshops sorgen für Aufklärung

Immer wieder sorgen rechtspopulistische Symbole und Parolen für Irritation in sozialen Einrichtungen, Unternehmen und Schulen. Mitarbeiter und Führungskräfte sehen sich gezwungen, darauf zu reagieren, um ihre Werte zu verteidigen. Doch die Unsicherheit ist offenbar groß: Was muss ich hinnehmen? Welche Gegenmaßnahme ist sinnvoll und angemessen? Wo ist die Grenze? Ist vielleicht sogar eine Kündigung von Betreuungs- oder Arbeitsverträgen gerechtfertigt? Der Sozialverband Deutschland zeigte sich Ende 2018 konsequent und entzog einem AfD-Parteimitglied sein Ehrenamt. Sollte oder kann das Schule machen? Die Diakonie Deutschland hat zu diesen Fragen eine umfangreiche Broschüre zum Umgang mit Rechtspopulismus erarbeitet. Sie plädiert darin für, in den Einrichtungen die eigenen Werte deutlich zu machen und zur Not auch harte Konsequenzen zu ziehen (siehe Infokasten). Andernorts wird mit Workshops und Schulprojekten gegen den Rechtspopulismus gekämpft und für demokratische Werte geworben.

Anlass für die Produktion der 24-seitigen Broschüre „Umgang mit Rechtspopulismus – eine Handreichung für die Diakonie“ waren zahlreiche Anfragen aus den verschiedenen Verbänden und Einrichtungen. Das sagte Dr. Thomas Schiller, Leiter des Zentrums Kommunikation der Diakonie Deutschland, im Gespräch mit dem EPPENDORFER. „Es gab einen großen Bedarf an Orientierung zum Umgang mit Rechtspopulismus.“ Hintergrund sei eine Reihe von deutli-



Dr. Thomas Schiller leitet das Zentrum Kommunikation der Diakonie Deutschland.

Foto: ©Diakonie/Hermann Bredehorst

chen Fällen: So seien Kita-Mitarbeiter beispielsweise beim Wickeln auf Bodys mit Hakenkreuzen gestoßen. Auch komme es vor, dass Mitarbeiter die in der rechten Szene beliebte Thor-Steinar-Kleidung tragen. Einige Einrichtungen wiederum erhielten Spenden mit dem ausdrücklichen Zweck, das Geld nur für Deutsche zu verwenden. Und manche Bewohner von Pflegeheimen wollten nur von deutschen Pflegekräften gepflegt werden.

„In Ostdeutschland nehme ich größere Probleme mit Rechtspopulismus in der Gesellschaft wahr, doch auch der Westen des Landes ist betroffen“, so Schiller. Es bestehe auch ein Unterschied zwischen Stadt und Land. Während es in Städten zum Teil zu größeren



Bei rechten Demonstrationen werden viele Deutschlandfahnen geschwenkt.

Foto: pixabay

Aufmärschen und handgreiflichen Auseinandersetzungen komme, sei vor allem in manchen ländlichen Gebieten des Ostens ein dominantes Auftreten der rechtsextremen Szene zu beobachten. Seit zwei bis drei Jahren sei das Problem insgesamt deutlicher geworden, in Ostdeutschland vorher schon. „Es hat sich verstärkt mit dem Einzug der AfD in die Landtage“, so Schiller. Aktuell sei es schwer vorherzusagen, mit welcher Tendenz sich der Rechtspopulismus weiterentwickelt. Auch das aktuelle Ausmaß des Problems lasse sich schwer beziffern. „Die Diakonie Deutschland hat ein Zentrum für Engagement, Zivilgesellschaft und Demokratieentwicklung eingerichtet“, so Schiller, „wo entsprechende Weiterbildungsangebote für diakonische Einrichtungen und ihre Mitarbeitenden entwickelt werden.“

Wichtig sei es, in den Einrichtungen die eigene Haltung deutlich zu machen, so Schiller. Ein guter Weg hierfür seien Leitbilder und Hausordnungen. Wichtig sei es auch, die Mitarbeiter zu schulen. „Menschenfeindlichkeit hat in unseren Einrichtungen keinen Platz“, so Schiller. Auf Probleme müsse man reagieren und sich intensiv damit auseinandersetzen. Im konkreten Einzelfall sollte immer zunächst das Gespräch gesucht und nach den Hintergründen gefragt werden. „Wenn nötig, muss auch mal ein Vertragsverhältnis aufge-

löst werden“, so Schiller. Problematische Mitarbeiter seien jedoch Einzelfälle.

Grundsätzlich gebe es keine Patentrezepte. Man müsse sich die Einzelfälle ansehen und bereit sein, klare Kante zu zeigen. „Man muss aber auch nicht über jedes Stöckchen springen“, so Schiller. Gerade der Umgang mit Spenden sei schwierig. „Grundsätzlich sind wir für jede Spende dankbar.“ Zuwendungen allerdings, die mit fragwürdigen Bedingungen oder Zwecken verbunden sind, sollte man ablehnen. Auch die Dokumentation einer Spendenübergabe sollte vorab genau abgeklärt werden, um eine Instrumentalisierung zu vermeiden. Auch hier müsse man sich jeden Einzelfall und die Situation vor Ort genau ansehen.

Die Broschüre der Diakonie habe viel und bisher ausschließlich positives Feedback hervorgerufen. „Damit haben wir wohl einen Nerv getroffen“, so Schiller. Inzwischen ist eine zweite Auflage gedruckt worden. Sie kann auch im Internet heruntergeladen werden.

Projekte in Deutschlands Osten

„Trotz einer sehr niedrigen Quote von Menschen mit Migrationshintergrund, fühlen sich viele überfremdet“, so Daniel Herold, Verdi-Bezirks-

geschäftsführer für das Gebiet Sachsen-West-Ost-Süd im Gespräch mit dem EPPENDORFER. Deshalb sei Rechtspopulismus in Unternehmen ein Thema. „Dabei geben 82 Prozent der Sachsen in Umfragen an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein“, wundert sich Herold. In den vergangenen Jahren habe sich jedenfalls viel getan: Neben Thor-Steinar-Verboten an Schulen seien diverse Workshops und Projekte im Angebot, die dem Rechtspopulismus vorbeugen sollen.

Generell gelte: Wenn ein Arbeitnehmer dem Unternehmen durch rechtspopulistische Aktionen schade, müsse man auch mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. Bei Auszubildenden sei allerdings immer besonders genau die Verhältnismäßigkeit der Konsequenzen mit Bezug auf die verbaute Karriere zu prüfen: „Gesellschaftspolitische Bildung und Intervention sollten im Vordergrund stehen.“

Der Betriebsfrieden aber sei zu schützen. „Offenkundig rechtsextreme Personen könnten diesen gefährden.“ Betriebsräte hätten bei offen rassistischem Verhalten sogar die Möglichkeit, eine Kündigung beim Arbeitgeber anzuregen – und im Wiederholungsfall diese einzufordern und gerichtlich durchsetzen zu lassen. Selbst im öffentlichen Dienst sei bei rufschädigendem Verhalten mit einer fristlosen Kündi-

Gesprägung zu rechnen.

Um Vorurteilen gegenüber Migranten entgegenzutreten, bietet Verdi selbst den Projekttag „Fakten statt Populismus“ für Auszubildende an. Zwischen 2015 und 2017 hätten 1500 junge Menschen daran teilgenommen, allein mehrere hundert etwa in der Universitätsklinik Leipzig. Aktuell konzipiere Verdi ein ähnliches Weiterbildungsprojekt für angehende Erzieher. In Thüringen sei zudem der Verein Mobit e.V. sehr aktiv, der sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzt – unter anderem mit einem Workshop unter dem Titel „Argumentationstraining gegen rechte Parolen“. Weitere Informationen finden sich im Internet unter mobit.org.

In Leipzig nutzt der Internationale Bund das Projekt „Respekt Coaches“, um sich dem Rechtspopulismus entgegenzustellen. „An einer Oberschule sorgten Hakenkreuze auf Schultafeln und Hitlergrüße in Whatsapp-Gruppen für überforderte Lehrer“, berichtet Respekt Coach Max Edel im Gespräch mit dem EPPENDORFER. Inzwischen werde in einer ausgewählten Schulklasse einmal pro Woche das Thema Rechtspopulismus beleuchtet. Dazu gehöre es, Begriffe wie Demokratie, Identität und Vielfalt zu klären, aber auch auf Anwerbemaschen von Extremisten hinzuweisen.

Das im März 2018 bundesweit gestartete und vom Bundesfamilienministerium geförderte Projekt „Respekt Coaches“ ziele darauf ab, an Schulen präventive Projekte umzusetzen – mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten. Weitere Informationen gibt es unter jmd-respekt-coaches.de.

Gesa Lampe

Aufruf zu Demonstrationen

BERLIN (rd). Ein zivilgesellschaftliches Bündnis aus mehr als 60 Organisationen und Initiativen plant für den 19. Mai – eine Woche vor der Europawahl – Großdemonstrationen gegen Nationalismus und für eine EU der Menschenrechte, Demokratie, sozialen Gerechtigkeit und des ökologischen Wandels in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Leipzig, Köln, München und Stuttgart. Mit aufgerufen hat auch der Paritätische Gesamtverband, zu den Unterstützern zählen u.a. auch die Diakonie Deutschland, die Arbeiterwohlfahrt sowie der Sozialverband VdK.

Tipps zum Umgang mit Rechtspopulisten

Die Handreichung der Diakonie zum Umgang mit Rechtspopulismus widmet sich vier Schwerpunkten: Umgang mit rechtspopulistischen Gruppierungen, Umgang mit Klienten, Angehörigen und Mitarbeitern, Umgang mit Medien und Social Media sowie Umgang mit Spenden.

Im Umgang mit Parteien empfiehlt die Broschüre etwa, bei Einladungen seitens der Diakonie keine Fraktion auszuschließen. Umgekehrt müsse jedoch nicht jede Einladung einer rechtspopulistischen Partei angenommen werden. Es könne sogar generell verabredet werden, sich etwa von der AfD nicht einladen zu lassen. Bei öffentlichen Veranstaltungen der Diakonie könne im Vorfeld zwar niemand ausgeschlossen werden, doch sobald jemand die Gelegenheit nutze, um menschen-

feindliche, rassistische oder antisemitische Parolen zu verbreiten, sollte dieser Beitrag unterbrochen und vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden.

Die Broschüre empfiehlt zudem, in den Einrichtungen über das Thema zu sprechen und diskriminierende Äußerungen nicht als Privatmeinung zu ignorieren. Mitarbeiter sollten dazu befähigt werden, solchen Äußerungen zu widersprechen. Diskriminierungen sollten von allen Beteiligten erkannt werden können, und die Position der Diakonie sollte jedem Mitarbeiter klar sein.

Um die Unsicherheit in den Einrichtungen zu verringern, empfiehlt die Broschüre unter anderem Teambesprechungen, Hausordnungen, Leitbilder und Schulungen. Als Maßnahmen bei menschenfeindlichem Verhalten nennt die Broschüre etwa Hausverbote oder

auch – nach Gesprächen und rechtlicher Beratung – Kündigungen. Auch für den Umgang mit rechten Medien empfiehlt die Diakonie Schulungen sowie die Vorbereitung sachlicher Informationen und vor allem: sich nicht provozieren zu lassen. Für eigene Auftritte im Netz empfiehlt die Diakonie eine Netiquette, die jedem deutlich macht, wo die Grenze der Toleranz liegt. Rechtspopulistische Posts sollten nicht ignoriert, sondern konsequent nach einem bestimmten Ablauf angegangen werden.

Darüber hinaus listet die Handreichung zahlreiche Links zu Beratungsstellen und Netzwerken auf. Die Broschüre selbst kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: <https://www.diakonie.de/broschueren/handreichung-zum-umgang-mit-rechtspopulismus/>. (gl)



Daniel Herold ist Verdi-Bezirksgeschäftsführer für das Gebiet Sachsen-West-Ost-Süd.

Foto: Ellen Türke Fotografie